

1936/02/27
No. 49

DANZIGER

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Sverdruphaus 6, Fernsprechamt 287 08. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.- G. wöchentlich 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.- G. monatl.; für Pommerellen 5.-, Posen, Angeln 1 mm 0,16 G.; in Belgien 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,30 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenanfragen in Polen nach dem Dana. Zueckstuz

27. Jahrgang

Donnerstag, den 27. Februar 1936

Nr. 49

England will die Hände frei haben
Um die Liquidierung des Abessinien-Konfliktes
Der Nationalisten-Putsch in Tokio
Nach dem Fallen des Ehrenschatzes
Massen-Entlassungen bei der Eisenbahn
Lokaltermin im Stutthofer Terror-Fall

Um die Haltung Edens in Genf — Wie wird der Abessinien-Konflikt liquidiert?

England will die Hände frei haben

Die englische Regierung hat gestern in einer längeren Sitzung über die Haltung beraten, die Außenminister Eden auf der am Montag in Genf beginnenden Tagung des Sanktionsausschusses einnehmen soll. Ueber das Ergebnis der Beratungen liegen keine offiziellen Mitteilungen vor, aber aus den Meldungen der Presse lassen sich gewisse Schlüsse ziehen. Die Anweisungen, die Eden nach Genf mitnimmt, enthalten wahrscheinlich keine neuen Gesichtspunkte. Schon aus der Rede Edens vor dem Unterhaus war zu entnehmen, daß England auf eine Initiative in der Debatte verzichtet. Es bezieht gewissermaßen eine abwartende Stellung; neue Entschlüsse würden erst dann notwendig sein, wenn etwa eine andere Macht mit einem Antrag hervortreten sollte. Es ist aber nicht zu übersehen, ob ein solcher Antrag von einer anderen Seite zu erwarten ist. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, das Kabinett habe die Formel bekräftigt, daß England grundsätzlich bereit sei, mit den anderen Weltmächten in der Aufarbeitung einer Debatte über die Abessinien-Frage zusammenzuarbeiten. Dieser Kabinettsbeschluss sei aber mehr als eine Geste der Entschlossenheit Englands zu betrachten, an allen praktischen Kollektivmaßnahmen gegen einen Angriff teilzunehmen, denn als eine Andeutung des vorläufigen Willens zu handeln.

Die „Morning Post“ weist darauf hin, daß im Kabinett große Meinungsverschiedenheiten über die Stellungnahme Englands zu einer Debatte herrschen. In den Wandelgängen des Parlaments habe man die Möglichkeit besprochen, ob Eden vielleicht andere, harmlosere, Sühnemaßnahmen, wie z. B. eine Kohlenperre oder die Schließung der Häfen für italienische Schiffe, beschließen würde. In diesem Zusammenhang habe man darauf hingewiesen, daß das Laden und Ausladen von Frachten durch italienische Schiffe in den Häfen der britischen Kolonien bereits verboten sei. In Abgeordnetenzirkeln komme man mehr und mehr zu der Ansicht, daß die Sühnemaßnahmen entweder energisch fortgesetzt oder aber aufgegeben werden sollte. Eine zunehmende Zahl von Abgeordneten würde das Aufgeben der Sühnemaßnahmen bevorzugen.

Auf die Entschlüsse des englischen Kabinetts werden auch die aus Tokio eingetroffenen alarmierenden Meldungen über einen japanischen Umsturzversuch eingewirkt haben. Inzwischen scheint es wohl der japanischen Regierung, wenigstens zu einem Teil, gelungen zu sein, der Lage Herr zu werden; aber in London bleibt man trotzdem skeptisch und hält einer vorsichtigen und vorbeugenden Einstellung für ratsam. Sollten sich die Verhältnisse im Fernen Osten komplizieren, dann wären Auswirkungen auf Europa unvermeidlich. England wird darum nichts unversucht lassen, um den ostafrikanischen Krieg mit seinem für Europa gefährlichen Bündnis zu liquidieren. Die Sitzung des Sanktionsausschusses wird daher in mancher Beziehung aufschlußreich sein. Welche Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen und wie die Lage sich dann für Abessinien und seinen Herrscher gestalten dürfte, darüber berichten wir — soweit es die eingetretenen Ereignisse schon zulassen — weiter unten.

Ist Abessinien erledigt?

Die Auswirkungen des italienischen Sieges

Die Hoffnungen, die Italien auf Marschall Badoglio gesetzt hat, haben sich bereits — zum großen Teil wenigstens — erfüllt. Gewiß hat Marschall Badoglio nicht unwesentliche Veränderungen erhalten, aber sein Haupterfolg ist auf die durchdringende Vorbereitung der kriegerischen Operationen zurückzuführen. Wochenslang hat er die abessinischen Kräfte gegen die italienische Stellung anrennen lassen, hat sonderbar und erhaben, und dann erst ist die italienische Nordarmee zum Angriff angegriffen worden. Seine Aufgabe war zunächst darauf gerichtet, den bedrohlichen Ring um Kassa zu sprengen.

Über darüber hinaus geht es, den Weg für einen weiteren Vormarsch freizumachen.

Am Anfang des Krieges hatte man geglaubt, daß die Italiener sich in dem gebirgigen Gelände festklauen würden. Hohe Gebirgsketten legten sich ihnen in den Weg. Eine natürliche Felsung gewissermaßen, 13 Kilometer lang, 5 Kilometer breit und bis 3000 Meter hoch war das Bergmassiv des Amba Aradam. In den unzähligen Höhlen und Schluchten und auf den Berggipfeln — natürliche Kasematten und Forts — hatten sich die Abessinier eingekerkert, eine Armee von schätzungsweise 80 000 bis 100 000 Mann zu beiden Seiten. Aber trotzdem wurden die Abessinier geschlagen; so geschlagen, daß der weitere Verlauf des Feldzuges eine entscheidende Wendung genommen hat.

Worauf ist der Erfolg Badoglios zurückzuführen? Wir fragen schon: auf seine strategischen Fähigkeiten, seine Umsicht und seine guten Vorbereitungen. Doch nicht allein darauf.

Die größte Stärke der italienischen Nordarmee war die zahlreichere Artillerie, waren die Flugzeuge.

Nach den Erfahrungen des Weltkrieges hatte der italienische Oberkommandierende fast alle verfügbaren Geschütze auf einem begrenzten Raum in Stellung gebracht. Die Flieger, Aufklärer

wie Bomber, hatten gute Vorbereitungsarbeiten geleistet. Jede Einzelheit des Geländes war von Fliegerphotographen aufgenommen worden; danach ausgearbeitete Karten standen jedem Unterführer zur Verfügung. Die besten Voraussetzungen für die Zielsicherheit der Artillerie! Das Trommelfeuer, das dann — ebenfalls ähnlich wie im Weltkrieg — gegen die abessinische Stellung einsetzte, mußte somit höchste Wirkung haben. Bombenflieger und Artillerie — das waren die gefährlichsten Gegner der Abessinier. Was hatten sie diesen Feuerschländen entgegenzusetzen? So gut wie nichts; spärliche Artillerie und keine Flugzeuge. In diesem Kolonialkrieg zeigt sich, daß derjenige von vornherein verloren ist, der nicht über ausreichende Fliegerei und Artillerie verfügt. In Abessinien sind auf die Dauer nicht die mehr oder weniger notdürftig bewaffneten abessinischen Massenheere ausschlaggebend, sondern es entscheidet das Material, die Technik.

Und die Führung! Denn auch in dieser Beziehung mangelt es bei den Abessinier seit Beginn des Krieges an allen Ecken und Enden. Die einzelnen Unterführer (Kaste) sind doch in Wirklichkeit nur Häuptlinge von Kriegshorden, denen jede strategische oder nach modernen Gesichtspunkten geleitete Ausbildung fehlt. Und dann — nicht zu übersehen —: jeder Kaste fällt sich als kleiner selbständiger Herrscher, der nach persönlichen Vorlieben und Erfolgen trachtet. Die Eifersüchteleien zwischen solchen Führern müssen in Rechnung gestellt werden. Der letzte Angriff der Italiener richtete sich bekanntlich gegen die Armee des abessinischen Kriegsministers Ras Mulugheta. Aber hatte er keine Fühlung mit den Truppen der abessinischen Nachbarfrontabschnitte?

Warum kamen ihre Kommandeure Ras Kassa, Ras Seyoum, Ras Imru ihm nicht zu Hilfe,

wo blieben ihre entlastenden Gegenangriffe? Mangelhafte Führung, oder sind es Eifersüchteleien? Es ist gar nicht so ausgeschlossen, daß diese Nachbarn dem Kriegsminister schon eine Niederlage gönnten. Man braucht, um Beispiele zu finden, nicht erst bis nach Abessinien zu gehen; in der europäischen Kriegsgeschichte findet man so etwas auch. Die Italiener haben also den Bann gebrochen. Es ist nicht anzunehmen, daß Badoglio sich mit seinen Erfolgen zufriedengeben

wird, vielmehr deutet alles darauf hin, daß er weitere Operationen vorbereitet. Bis zum Eintritt der großen Regenfälle werden sich also weitere Kampfhandlungen entwickeln. Uebrigens: die Regenzeit! Man hatte geglaubt, daß der Regen jede Operation unmöglich mache. Aber schon bei dem letzten Angriff der Italiener hat sich gezeigt, daß die italienischen Truppen auch in tagelangem strömendem Regen angreifen und Erfolge erzielen können.

Die Lage für die Abessinier ist also alles andere als hoffnungsfroh. Für sie ist alles zu spät gekommen: die Waffenlieferungen, die Sanktionen und die militärische Ausbildung der Krieger. Auch von der am Montag in Genf beginnenden Sitzung des Sanktionsausschusses haben die Abessinier kaum viel zu erwarten. Es scheint, daß sie einem unabwendbaren Schicksal entgegengehen. Der letzte Sieg der Italiener hat aber nicht nur militärische Wirkungen gehabt, er war in moralischer Beziehung von noch größerer Bedeutung. Die abessinischen Truppen haben zum ersten Male mit solcher Grausamkeit die modernen europäischen Waffen kennengelernt, Niedergeschlagenheit und Panikstimmung müssen sich ausbreiten. Schon spricht man davon,

daß namhafte Heerführer an der Nordfront, darunter Ras Seyoum, sich selbständig machen wollen,

um gewissermaßen Krieg auf eigene Faust zu führen. Wenn derartige Meldungen auch nicht frei von Tendenz sind, so ist die innenpolitische Situation in Abessinien doch sehr kritisch. Die Stellung des Regus, ohnehin schon nicht sehr gefestigt, ist jetzt verschärften Angriffen der Landeshäuptlinge ausgesetzt. Gewiß werden die Berichte übertrieben sein, die von einer Abdankung des Regus sprechen — andere Meldungen besagen, daß er für den Zeitraum von 12 Jahren sich jeder Regierungsmaßnahme enthalten wolle —, doch ist anzunehmen, daß mit der Auswirkung der militärischen Niederlage sich auch die Auseinandersetzungen um die Herrschaft in Abessinien zuspitzen. Nur allgrößte organisatorische und militärische erfolgreiche Anstrengungen könnten Abessinien's Lage entlasten. Und — reichlich viel Glück.

(Siehe auch 2. Hauptblattseite)

Der Nationalistenputsch in Tokio

Nach den verlorenen Wahlen — Regierung angeblich Herrin der Lage

Der Zwiespalt zwischen den Wünschen der japanischen Armee und den Ansichten der regierenden Männer Japans ist am Dienstag in einem Putsch jüngerer Offiziere gegen die Regierung zum Ausdruck gekommen. Die jungen Offiziere, verbunden einem nationalsozialistischen Faschismus, wollen den Weg frei machen für den Krieg gegen Sowjetrußland, den die Wahlen zum Parlament verlegt hatten, denn aus den Wahlen war als sicherer Sieger der jetzt ermordete Ministerpräsident Okada hervorgegangen, dessen Finanzminister in der Erkenntnis der finanziellen Notlage Japans die hohen Militäransgaben nicht länger tragen wollte.

Im Augenblick läßt sich die Lage nicht übersehen. Würde aber der Putsch gescheitert sein, was zunächst nicht der Fall ist, so würde im Fernen Osten sehr schnell der Krieg kommen. Unter den 80 Ermordeten befindet sich auch der Siegelbewahrer, Admiral Saito, der den Ausbruch mit Ausland anstrebte. Es ist nach der Auswahl der Opfer ganz außer Zweifel, daß das Ziel der Putschisten in erster Linie auf außenpolitischem Gebiet lag; mit Gewalt sollte eine Regierung an die Macht gebracht werden, die das gesamte Ziel der Ultranationalisten und der entschlossenen Militaristen vertritt. Aber auch in innenpolitischer Hinsicht werden von den Trägern des Putsches gewisse Forderungen, vor allem hinsichtlich der alten Bauernfrage, vorgebracht.

Das Echo in der Welt ist einseitlich gegen die Putschisten, die den Frieden der Welt bedrohen, gerichtet. Nur in der deutschen Presse findet sich warme Sympathie für die „junge, nationale Bewegung“ des befreundeten Japan.

Der erste amtliche Bericht

Das japanische Kriegsministerium veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht über die Vorgänge am Mittwoch:

„Gestern früh um 5 Uhr haben Gruppen junger Offiziere angegriffen: 1. die Residenz des Ministerpräsidenten, Ministerpräsident Okada wurde getötet; 2. die Wohnung des Siegelbewahrers Admiral Saito. Auch er wurde sofort getötet; 3. die Wohnung des Leiters des Militär-Erziehungs-Siegelbewahrers Admiral Saito. Auch er wurde sofort getötet. 4. Der frühere Siegelbewahrer wird vermisst. 5. Bei einem Angriff auf die Amtswohnung des Postmarschalls

Suzuki wurde dieser schwer verletzt. 6. Finanzminister Takahashi wurde in seiner Wohnung verletzt.

Die Zeitung „Asahi“ wurde stillgelegt. Die jungen Offiziere wollten den Fürsten Saionji, das letzte überlebende Mitglied des Rates der Älten, die alten Minister, die Kapitalisten, die Bürokraten und die Parteien beseitigen, da sie in innen- und außenpolitisch schwerer Zeit unsere Staatsform zerstören wollten. Die jungen Offiziere wollen durch ihr Vorgehen die Gerechtigkeit im Staate wiederherstellen, um den Bestand der kaiserlichen Staatsform wiederherzustellen.“

Wie der Putsch durchgeführt wurde

Der Handreich wurde in den frühen Morgenstunden des Mittwoch durchgeführt, als sich das 8. Regiment der 1. Division auf dem Wege zum Bahnhof befand, wo die Verladung nach der Mandchurie vorstatten gehen sollte. Unterwegs trennten sich größere Abteilungen unter Führung des Hauptmannes Nonaka und anderer Offiziere von der Haupttruppe und besetzten die strategischen Punkte der Stadt Tokio. Im Verlaufe dieser Aktion bemächtigten sich die Truppen des Kriegsministeriums, des Kabinettsbüros, des Innenministeriums und der Polizeidirektion. Ferner wurde eine Abteilung in die Wohnung des Ministerpräsidenten, Admiral Okada, geschickt, der ermordet wurde.

Bei der Besetzung der öffentlichen Gebäude riefen die Putschisten nur auf schwachen Widerstand.

Anschließend soll es jedoch zu Aufruhr und Brandstiftungen gekommen sein. Doch liegen hierüber keine zuverlässigen Nachrichten vor. Nach Meldungen, die aus der Mandchurie in Peiping eingetroffen sind, richtet sich der Staatsbreich in keiner Weise gegen den Thron. Die Aufständischen sollen vielmehr erklärt haben, daß sie hinter dem Kaiser stehen.

Von den Ermordeten galt Admiral Saito als Anhänger einer gemäßigten Außenpolitik, während sich der Ministerpräsident Okada den radikalen Vertretern einer imperialistischen Politik in China widersetzen sollte. Der Finanzminister Takahashi wird als ein Gegner erbitterter Militär-

angegeben bezeichnet, die fast die Hälfte des Gesamtumsatzes ausmachen.

Die Lage in Tokio

Nachrichten aus Japan wollen wissen, daß die Regierung die Lage völlig beherrscht. Die Börse und Banken in Tokio gehen wieder ihren Betrieb ausgenommen. Ebenso sei die Börse von Osaka wieder geöffnet. Tokio selbst sei unter kriegsmäßiger Polizeikontrolle gestellt worden. Eine Abteilung Marine ist nach Tokio gebracht worden, wo sie die Ministerien bewacht. Die Meuterei scheinen noch immer das Hauptquartier der radikalen Polizei besetzt zu halten. Der Polizeipräsident von Tokio, der verlegt wurde, bereitet einen Angriff auf das Gebäude vor, um es zurückzunehmen.

Nach einer Mitteilung der japanischen Botschaft in London hat Innenminister Goto einem Telegramm aus Tokio zufolge vorläufig die Geschäfte des Ministerpräsidenten anstelle Okabas übernommen.

Angesichts der scharfen Zensur, die in Tokio verhängt worden ist, lauten die Nachrichten über die Ereignisse in Japan zum Teil außerordentlich widersprüchlich. Nach den übereinstimmenden Meldungen der Londoner Abendpresse haben sich insgesamt 3000 Mann an dem Staatsstreich beteiligt, doch scheint es, als ob die Behörden wenigstens im Augenblick Herr der Lage sind. Eine Verstärkung der Meldung, daß insgesamt 80 maßgebende Persönlichkeiten getötet worden seien, lag auch am Mittwochabend noch nicht vor.

Der japanische Botschafter erhielt am Mittwochabend vom Innenministerium in Tokio ein Telegramm, in dem es heißt, daß es außerhalb der japanischen Hauptstadt zu keinerlei Zwischenfällen gekommen sei. In Tokio selbst seien Heer und Polizei gemeinsam bemüht, Ruhe und Ordnung zu halten. Die Lage sei ruhig. Der geschäftsführende Ministerpräsident Goto sowie die übrigen Mitglieder des Kabinetts hätten ihren Austritt eingeleitet.

Das japanische Marineministerium teilt mit, daß zum Schutz und zur Aufrechterhaltung der Ordnung das erste Geschwader nach Tokio und das zweite Geschwader nach Osaka beordert worden sind. Aus Yokosuka sind in einer Vorstadt von Tokio Marinetruppen eingetroffen. Die Herbeiführung dieser Truppen wird vom Marineministerium als vorbeugende Maßnahme bezeichnet.

Tokio selbst beruhigt

In der japanischen Hauptstadt hat sich die Gemütslage im allgemeinen weiter beruhigt. Es herrscht Belagerungszustand. General Kajii wurde zum Stadtkommandanten von Tokio ernannt. Die gesamte Garnison wurde seinem Oberkommando unterstellt. Die Beratungen im geheimen Staatsrat, der auch die Verhängung des Belagerungszustandes beschlossen hat, werden fortlaufend fortgeführt. Den Vorsitz führt der Kaiser selbst. An den Beratungen nehmen sämtliche Minister teil mit Ausnahme des Finanzministers Takahashi.

Amittag wird berichtet, daß Innenminister Goto nur vorübergehend die Geschäfte des Ministerpräsidenten übernommen hat. In politischen Kreisen wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß möglicherweise schon am Freitag das neue Kabinett gebildet wird.

Nach japanischen Berichten, die in Shanghai eingetroffen sind, haben die japanischen Aufständischen mit der friedlichen Räumung ihrer Stellungen begonnen. Ein Zusammenstoß zwischen den Aufständischen und den Truppen, die das Kriegsrecht aufrechterhalten, sei nicht zu erwarten.

Auch Belgien will sich sichern

Die gefährliche außenpolitische Lage.

In einem von der „Nation Belge“ veröffentlichten Brief hat der Kriegsminister Devise seine Auffassungen über das französisch-belgische Militärabkommen vom Jahre 1920 und die militärische Zusammenarbeit der beiden Generalstabe folgendermaßen dargelegt:

Es ist falsch, daß ich jemals an einen Verzicht auf die Beziehungen zwischen den Generalstäben gedacht habe, die dazu bestimmt sind, die technischen Bedingungen einer französisch-belgischen Zusammenarbeit im Falle eines nicht herbeigeforderten Angriffes zu sichern. Ich habe im Gegenteil zu wiederholten Malen dem Ministerrat über den Stand dieser Beziehungen berichtet, und ich habe immer gewünscht, daß diese Beziehungen auch auf andere Armeen ausgedehnt werden, die in einem gleichen Falle berufen sind, mit unserer Armee zusammenzuarbeiten.

Grundsätzlich der militärischen Bedeutung des Abkommens wiederhole ich, daß die im Jahre 1920 vereinbarten Maßnahmen nicht mehr anpassbar sind. Die Verhältnisse haben sich geändert und bringen es mit sich, daß das militärische Zusammenwirken heute unter anderen technischen Bedingungen vor sich gehen würde.

Sehr beunruhigende Nachrichten

Die Fraktionen der katholischen Partei in Kamerun und Senegal hielten eine gemeinsame Sitzung ab, um zu der Militärvorlage Stellung zu nehmen.

Ministerpräsident van Zeeland war in Begleitung der jüngsten katholischen Minister erschienen. Er eröffnete sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort und begründete in laienhaften Ausführungen die Notwendigkeit der von Kriegsminister geforderten Maßnahmen. Eine Verdrängung des Verteidigungsapparates sei, so führte van Zeeland nach einem Bericht der „Nieuw Belgie“ aus, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage erforderlich. In dieser Hinsicht habe er sehr beunruhigende Nachrichten erhalten. Belgien müsse bereit sein, sich zu verteidigen. — In den ständigen Abgesandten sei während der Sitzung der Ministerpräsident, daß er seine Mitteilungen über die gefährliche außenpolitische Lage nicht allein von Frankreich erhalten habe, sondern, daß mehrere Nachrichten über ihre Beforgnisse mitgeteilt hätten.

Früher Verhaftungstag der Kisten Entente

Am Montag begann in Prag die 7. Tagung des Wirtschaftsausschusses der Kisten Entente. Die Arbeiten wurden am Montag durch die Beratungen der Gewerlichen Handelspolitischen Kommissionen eröffnet. Außerdem lagen die Kommissionsarbeiten über die Zusammenarbeit im Allgemeinen, über die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen, einen möglichen Teil der Zusammenarbeit zwischen den Handelsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien und zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien, die in getrennten Sitzungen einer eingehenden Diskussion unterzogen werden, auch die der gemeinsamen Plan und die Beziehungen für weitere Zusammenarbeit erörtert werden. Damit kommt endlich wieder Früher Bericht über die wirtschaftlichen Zusammenhänge des politischen Schicksals der Kisten Entente in den Vordergrund der Erörterungen.

Einen besonderen Punkt stellt die Zusammenarbeit auf sozialwissenschaftlichen Gebieten dar. Zur Erörterung stehen auch der Antrag auf Aufhebung der Kisten Entente und auf Verhängung eines Beschlusses der Handelskammern der Kisten der Kisten Entente.

Zwölf Wirtschaftswissenschaftler unterzeichneten am Montag ein Manifest, das die Zusammenarbeit der Kisten Entente als ein Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft in den nächsten Jahren bezeichnet. Sie verlangen die Aufhebung der Kisten Entente.

in Verhaftung geführt haben. Welche Kirchenfürsten verlangen die Einziehung eines vereidigten Ausschusses, um die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Was geht da vor?

Die Besprechungen zwischen Mussolini und dem deutschen Botschafter

Wie aus Rom gemeldet wird, hatte Mussolini erneut eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter von Haase. Haase hatte damit innerhalb von zehn Tagen die zweite Besprechung mit dem italienischen Staatschef und zwar nachdem er inzwischen zur Rücksprache in Berlin gewechselt hatte. Während offizielle italienische Stellen es ablehnen, sich über die Besprechungen zu äußern, verläutet aus deutscher Quelle, Mussolini und der Botschafter hätten sich mit der europäischen Lage im allgemeinen, insbesondere aber mit dem französisch-russischen Vertrag, dessen Ratifizierung bevorsteht, und seinen Auswirkungen auf den Locarno-Pakt, beschäftigt.

Unterrichtete diplomatische Stellen in Genf äußern sich zu der außenpolitischen Aktivität, die gegenwärtig in Berlin und Rom entfaltet wird, wie folgt:

Man möchte offenbar, so erklärt man uns, den Eindruck erwecken, daß die Unterhaltungen des Dritten Reiches und Italiens, der Empfang des polnischen Botschafters durch Mussolini und die Unterredungen, die General Göring anlässlich eines Jagdausfluges in Polen führt, zu der Organisierung eines Gegenbündes gegen das von Frankreich, England, Sowjetrußland und der Kleinen Entente geleitete, bzw. benutzte Völkerbündnis führen sollen. Bis jetzt wird man jedoch gut daran tun, darin mehr eine Finesse gegen die letzten Londoner und Pariser Besprechungen, sowie auch gegen die Ratifizierung des französisch-russischen Paktes zu sehen.

Die Auswirkungen derartiger Verhandlungen erscheinen sehr zweifelhaft. Mussolini als Garant des Rheinpaktes könnte eine Haltung Deutschlands gegen das Vertragssystem von Locarno erleichtern, aber den Versuch, der die österreichische Frage als deutsch-italienischen Streitfall ausstellt, werde er so schnell nicht vollziehen können. Deutsche Anstrengungen, Polen in ein Verhältnis zu Deutschland zu bringen, das genau dem neuen französisch-russischen Verhältnis entspreche, hätten keine Aussicht. Es sei kein Zufall, daß der frühere polnische Außenminister, der Mann der französisch-polnischen Allianz, Herr Jakscki, in diesen Tagen in London und Paris weilte, und neben Vorträgen, die er dort hält, sehr interessante Besprechungen führe.

Die Bemühungen der Regierungen, die von den mächtigen Londoner und Pariser Konferenzen ausgeschlossen waren, verdienten Aufmerksamkeit. Diese Besprechungen ergäben sich, soweit Deutschland und Italien in Frage kommen, als der Isolierung. Isolierungen zusammen ergäben aber noch lange keine Koalition. Hierzu gehört ein festes und hartes, gemeinsames, und zwar desinteressiertes Interesse den entscheidenden europäischen Problemen gegenüber, das schwer zwischen Berlin, Rom und Warschau zu finden sein werde.

Anfragen im Unterhaus

Locarno und Mittelmeer

Im Unterhaus wurde am Mittwoch wieder eine Reihe von außenpolitischen Anfragen gestellt. Der Abg. Mander forderte die Regierung auf, die Herstellung guter Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien zu ermutigen. Eben erwiderte, es sei wohl bekannt, daß dies bereits geschehe. Er erinnerte daran, daß die britische Regierung in dem letzten Hochverratsprozeß in Sofia den Ratsschlag erteilt habe, Gnade walten zu lassen. Mander fragte dann weiter, ob Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands sowie der anderen Vertragsunterzeichner stattgefunden hätten oder beabsichtigt seien im Zusammenhang mit Sibirien, die man möglicherweise zur Erfüllung des Vertrages von Locarno tun müsse, und ob im Mittelmeer ähnliche Besprechungen beabsichtigt seien. Eben erwiderte, daß er auf beide Teile der Frage mit Nein antworten könne.

Italienische Vorbereitungen für Genf

Siehe „Völkerbundsanstrich“

Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ beschäftigt sich in einem ausführlichen Leitartikel mit den Nachrichten der Sanktionspolitik und der französisch-englischen Abmachungen auf die allgemeinen Richtlinien der italienischen Politik und seine Stellung im Mittelmeer.

Die am Dienstag in Paris und London überreichte italienische Note bedeutet, daß Italien sich die Möglichkeit vorbehaltlich, Vereinfachungen und europäische Positionen abzuändern, bereit ist, dies für zweckmäßig halte.

Der außenpolitisch gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der „Action Française“ und des „Popolo di Roma“ beschäftigt sich am Mittwoch mit der Möglichkeit eines Ausstiegs Italiens aus dem Völkerbund. Im gegenwärtigen Augenblick sei die Lage sehr einfach. Falls jedoch weitere Sanktionen vom Sanktionsausschuss beschlossen werden sollten, ergäbe sich die Frage, ob Italien weiter im Völkerbund bleiben könne. Die Antwort lautet: natürlich.

Wichtige Verhandlungen werden übrigens vor jeder wichtigen Sitzung im Genf bereitgestellt. Das am Montag tagt der Sanktionsausschuss.

Gesichte über Stalin

Die politische Rolle eines künftigen Spezialisten nach Moskau

Sie sind Stacheln geworden, die in der künftigen politischen Entwicklung, ein Spezialist für Hindernisse, von der kaiserlichen Regierung gebildet werden können, sind unversöhnlich nach Moskau zu gehen, um dort eine wichtige Operation vorzunehmen. Der Spezialist sei am Dienstagabend, begleitet von einer Kommission, nach Moskau abgegangen. Der Tag habe eine wichtige Entscheidung mit dem Juge nach dem Schicksal abgesehen. Der Juge habe am Freitag nach der Schicksal einige Minuten gesprochen, um den Spezialisten nach Moskau zu lassen.

Im Zusammenhang mit diesem Bericht waren in der Nacht zum Donnerstag in London Gerüchte im Umlauf, die von einem Angriff auf Stalin sprachen.

Die Antwort darauf aus Moskau lautet, daß ein Vertreter des kaiserlichen Außenministeriums am Donnerstag in Moskau die Gerüchte als „unheimlich lächerlich“ bezeichnet. Stalin sei zum letzten Mal vor vier Tagen vor der Deputierten erschienen.

Die kommunistische Zeitung „Allhand“ berichtet, daß Professor Olschewski in Moskau gegen ein paraverbales Eingreifen gegen Stalin habe, um durch ein Verbot zu fliehen. Das Verbot sei die Rede in einem zweiten Flugzeug nach Moskau beabsichtigt worden.

Der Bericht über die Verhaftung von Mussolini, der am Montag in Moskau veröffentlicht wurde, die Verhaftung der russischen kommunistischen Partei, die am Montag in Moskau veröffentlicht wurde, die Verhaftung der russischen kommunistischen Partei, die am Montag in Moskau veröffentlicht wurde.

Schwache Verluste der Abessinier

Die Lage unverändert

Nach abessinischen Meldungen nebene die Unternehmungen der Armee des Ras Tsuru zur Beendigung der rüdwärtigen Verbindungen der Italiener ihren Fortgang. Einzelne Abteilungen dieser Armee haben erneut Vorstöße über den Mareb, der die Grenze zwischen Eritriä und Abessinien bildet, unternommen. Zwischen dem Sorona-Fluß und Midinar (nördlich von Asum) wurden von abessinischer Seite Angriffsversuche unternommen, die fast das ganze Zeire-Gebiet wieder in den Händen der abessinischen Truppen.

Nach italienischen Berichten

Der militärische Sachverständige der „Gazetta del Popolo“ macht in einem Bericht über die Tätigkeit an den beiden Fronten in Abessinien bemerkenswerte Angaben. Interessant ist das Bekenntnis, daß die Lage im Westabschnitt der Eritriäfront ohne Zweifel schwierig sei. Es handle sich nicht darum, gegen ein einziges vereinigt Heer zu kämpfen, gegen welches nach einem vorher festgelegten Plan vorgegangen werden könne, sondern gegen verschiedene Heere, die an mehreren Punkten ständen und aus der Kenntnis des Gebietes alle Möglichkeiten und Hilfsquellen ausnutzten, die ihre Schlagkraft erhöhten. Die leichten Verschiebungsmöglichkeiten der abessinischen Truppen, die imstande seien, in jedem Gebiet täglich bis zu 70 Kilometer zurückzulegen, führten dazu, daß der Feind sozuzunehmen nicht zu fassen sei. Die schwierigen Lebensbedingungen der abessinischen Truppen, denen durch das Vordringen der Italiener nach Gaala die Verbindung nach dem Süden abgeschnitten sei und die keinen anderen Weg als den nach Gondar im äußersten Westen offen hätten, könnten jedoch über kurz oder lang bedeutende Rückwirkungen auf die militärische Lage haben.

Wir bringen heute an anderer Stelle eine Darstellung der militärischen Situation in Abessinien.

Der italienische Seeresbericht Nr. 136

hat folgenden Wortlaut:

„An der Somalifront hat eine motorisierte Abteilung vom Reghelli aus einen Erkundungsvorstoß in die Sandgebiete von Sidamo unternommen. Im Waldgebiet zwischen Sabara und dem Solora versuchten abessinische Abteilungen Widerstand zu leisten. Sie wurden zurückgeworfen. Am Ostflügel entstanden unsere Truppen eine starke Patrouillenspitze.“

Die Flugwaffe hat an der Südfront bei Ghignier abessinische Kettblager mit Bomben belegt und Verteidigungsanlagen zerstört. Von Reghelli aus hat eine Staffel einen Erkundungsvorstoß nach Jaga-Mem, dem Hauptort von Sidamo, durchgeführt.

Von der Eritriäfront ist nichts besonderes zu berichten.“

Italienisches Dementi

An maßgebender italienischer Stelle wird auf das Bestimmteste in Abrede gestellt, daß eine italienische Persönlichkeit zur Zeit mit dem Auftrag in London weile, zusammen mit dem italienischen Botschafter Grandi Vorschläge auszuarbeiten, die zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles der englischen Regierung unterbreitet werden sollten. Alle einschlägigen Nachrichten seien frei erfunden.

Berhör wegen des Attentats auf Blum

Die Ausreden der intellektuellen Urheber

Der eine der Direktoren der Zeitung „Action Française“, Maurras, und der verantwortliche Geschäftsführer Delest sind am Mittwoch im Zusammenhang mit den Ermittlungen über den Anschlag gegen Leon Blum neu verhört worden. Maurras erklärte, er habe dem Untersuchungsrichter vorgehalten, daß allen Drohungen, die in seinen Zeitungsartikeln enthalten seien, ein „Wenn“ vorangestellt sei und daß er sich durch solche bedingten Drohungen doch nicht strafbar gemacht haben könne. Delest erklärte, er habe die beanstandeten Artikel erst stets nach dem Erscheinen in dem Blatt, für das er verantwortlich ist, gelesen. Er bewundere diese Artikel im übrigen.

Einer der in Haft genommenen Kobalisten, der an dem Anschlag gegen Blum selbst teilgenommen haben soll, ist vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die ethnische Volksabstimmung

Nationalversammlung wird einberufen

An der Volksabstimmung über die Einberufung der Nationalversammlung nahmen insgesamt rund 617 000 Bürger, also fast 2 v. H. aller Wahlberechtigten, teil. Für den Antrag der Regierung stimmten 76 v. H. Das flache Land hat überwiegend mit Ja gestimmt, während in den Städten die Opposition zum Teil sehr deutlich in die Erscheinung trat. So war das Verhältnis der Ja-Stimmen zu den Nein-Stimmen in Reval 57 zu 43 und in Dorpat 41 zu 59.

Charakteristisch ist die Art, in der die Landbevölkerung an der Abstimmung teilnahm. Die Bauern wurden in den Dörfern versammelt und begaben sich in geschlossenem Zuge mit Fehnen und Kupflapen zur Wahl.

6000 chinesische Rotarmisten im Sormarsj

Regierungsstruppen zurückgeschlagen

Am Sonntag wurden durch das Hauptquartier des Marschalls Yenhsien in Tsingtau die schon seit Wochen vorbereiteten Gerüchte über das Vordringen der chinesischen Roten Armee gegen die Provinz Schansi bestätigt. Es wird von offizieller Seite angegeben, daß der Widerstand der Regierungstruppen längs des Nordflusses des Hoangho teilweise zusammengebrochen ist. 6000 Rotarmisten überbrannten den Hoangho beiderseits des 37. Breitengrades und drangen 45 Kilometer nach Tschan vor. Man erwartet weitere Angriffe großen Maßstabes auf der 150 Kilometer langen Front.

Falls von den Angreifern größere Aktionen beabsichtigt werden, so ist zu erwarten, daß sie dabei den nationalen antiliberale Standpunkt betonen werden. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen erhalten die Studenten in Peking und Tientsin, wo bisher 100 Studenten und zwei Hochschullehrer unter dem Verdacht kommunistischer Beziehungen verhaftet worden sind, ebenso erhöhte Bedeutung wie die Bauernarmeen, die besonders im Süden der Provinz Hoanai ausgebrochen sind.

Die Annahme des Antirationalismus durch den Bundeskongress wird von der amerikanischen Presse im allgemeinen mit Zustimmung aufgenommen. Man erwartet hier, daß auch Präsident Roosevelt mit der Unterzeichnung des Gesetzes nicht zögern werde. Das Antirationalistengesetz ist in seiner gegenwärtigen Form allerdings bei weitem nicht das, was Staatssekretär Hull und seine Anhänger erstreben und erwarten haben. Nach dem Gesetz bis zum 1. Mai 1937 die Ausfuhr von Waffen, Munition und anderem Kriegsgut, wozu auch Schiffe und Flugzeuge jeder Art gezählt werden, an keinen kriegsführenden Staat erfolgen.

Danziger Nachrichten

Die polnische Seepolitik

Gepanzerte Ausgaben - Mahnungen an Danzig

In der großangelegten Rede, über die Lage und die Aufgaben der Wirtschaft in Polen, die der polnische Handelsminister Górecki in der Plenarsitzung des Seimes am Dienstag hielt, und die wir bereits gestern auszugswise wiedergaben, sind besonders die Absätze für Danzig bemerkenswert, die sich mit den polnischen Hafen- und Seefahrtfragen beschäftigen. Denn das Problem „Gdingen“ ist und bleibt eine Angelegenheit, der Danzig die allergrößte Aufmerksamkeit widmen muß. Zu den Seefahrts- und Hafenfragen führte Minister Górecki unter anderem aus: „Der Chef der Regierung hat unsere Arbeit an der See als einen Sonnenstrahl bezeichnet, der unsere alltäglichen Arbeiten erleuchtet und erwärmt. Das entspricht durchaus der Wirklichkeit. Denn könnte man aus der Vogelperspektive ganz Polen überblicken, so würde man sehen, wie schwer das übrige Polen arbeitet, um die Schwierigkeiten des täglichen Lebens zu beheben, und wie es sich bemüht, Erwerb und Mädel seiner Wirtschaftsmaschine in Bewegung zu halten. Man würde aber weiter auf den ersten Blick erkennen, wie an Polens Seefahrt Arbeit und Leben mit solcher Stärke und soeben Schwung pulsieren, als ob es keine Kriege auf der Welt gegeben hätte.“

Handelsminister Górecki wies dann daraufhin, daß 57 Prozent aller Ausgaben des Handelsministeriums der Lösung der Seeprobleme gewidmet seien. So müsse es auch in Zukunft sein: Gewisse Ausgaben müssen auch hier als „gepanzerte“, ebenso wie die Ausgaben für die Wehrmacht gelten. Die Arbeit an und auf der See sei und bleibe eine Quelle des Reichtums für viele Völker. Die seewärtige Expansion einzelner Völker sei nicht auf besondere Geschäfte oder eine Vorliebe für die See zurückzuführen, sondern auf den mit der Expansion verbundenen großen materiellen Nutzen. Dafür sei ja auch bezeichnend, daß im Etat des Seeamts Gdingen die gewöhnlichen Einkünfte um 30 Proz. höher seien als die gewöhnlichen Ausgaben und daß die Einkünfte auch weiterhin Tendenz zum Anstieg aufweisen. Die polnische Handelsflotte, die jetzt nur 75 000 Registertonnen umfaßt, müsse vermehrt werden. Der Ausbau des Fischereiwesens in Biełka Wiesz werde es ermöglichen, Fischkutter am weitesten Punkte der polnischen Küste zu unterhalten und dadurch den Fischfang zu fördern.

Handelsminister Górecki schloß mit den Worten: „Nachdem der Staat mit großen Anstrengungen einen modernen Hafen (Gdingen) ausgebaut und die Grundlagen für die Entwicklung unserer Handelsflotte geschaffen hat, ist auch der Augenblick gekommen, in dem auch die Privat-Initiative eine größere Aktivität als bisher zeigen kann. Bei Würdigung unserer Arbeit an und auf der See muß auch die hervorragende Rolle betont werden, die dem anderen Hafen des polnischen Seebereiches, nämlich Danzig, obliegt. Wenn wir in der Geschichte der vergangenen Jahrhunderte gewisse Grundlinien für die Entwicklung Danzigs und für das Gedeihen seines Wohlstandes verfolgen wollen, so können wir leicht feststellen, daß die Zeiten des Aufstieges und des Reichtums Danzigs sich mit den Zeiten der Entwicklung und des Machtanwachstums Polens decken. Ich bin fest davon überzeugt, daß Danzig als Hafen eines der art-großen territorialen Hinterlandes alle Entwicklungsbedingungen besitzt, wenn es seinen wirtschaftlichen Aufgaben die erste Stelle bei seinen Bemühungen einräumt.“

Bei Würdigung der Rede des polnischen Handelsministers muß man zwei Fragen weit auseinanderhalten: Die Fragen der polnischen Seepolitik im allgemeinen und die besondere Erörterung der Stellung Danzigs in der polnischen Seepolitik.

Bei dem erstgenannten Problemkreis ist die Erklärung von Wichtigkeit, daß Polen nach wie vor seine Bemühungen um den seewärtigen Verkehr, also um die Schaffung einer eigenen bedeutenden Handelsflotte und um den weiteren Ausbau Gdingens fortsetzen werden. Nachdem es nach mehreren Verlautbarungen der letzten Zeit den Anschein erweckt hatte, als ob der Ausbau Gdingens auf Staatskosten beendet sei, die weitere Entwicklung deshalb der privaten Initiative überlassen werden müsse, scheint diese Ansicht einer gewissen Revision unterzogen worden zu sein. Die Ministerrede mit ihrem Hinweis auf die „gepanzerten Ausgaben“, an denen nicht gespart werden dürfe — wobei wohl in erster Linie an die Ausgaben für Gdingen zu denken ist — läßt vermuten, daß staatliche Initiative den Ausbau Gdingens weiter betreiben wird, falls der Appell des Ministers an die Initiative der privaten Unternehmer nicht den gewünschten Erfolg haben sollte. Die Entwicklung Gdingens wird also in Danzig weiterhin regste Aufmerksamkeit aller Beteiligten und interessierten Kreise finden müssen, da nach der Rede des polnischen Handelsministers nicht damit zu rechnen ist, daß das Tempo der Erweiterung Gdingens nachlassen wird.

In diesem Zusammenhang müssen die Ausführungen Dr. Góreckis über Danzigs Rolle als besonders beachtenswert bezeichnet werden. Nicht ohne tiefere Bedeutung spricht der Minister davon, daß Danzig seinen wirtschaftlichen Aufgaben den ersten Platz einräumen solle. — Wir haben diesen Standpunkt bisher dauernd vertreten. Wenn Danzig auch bisweilen Gegenstand der Weltpolitik war und ist, besondere politische Aspirationen darf es nicht hegen. In Danzig, wenn es gegeben soll, darf nur eine den wirtschaftlichen Interessen Danzigs dienende Politik getrieben werden. Und diese Politik weiß, wie Minister Górecki durchaus richtig betonte, auf die Pflege und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehung und Verflechtung mit dem polnischen Hinterlande hin. Wenn Danzig von dieser Linie abweicht und vor allem innenpolitisch Argumente führt, die diese Entwicklung zu föhren geeignet sind, dann sind Schwierigkeiten und Reibungen unvermeidlich.

Die Klagen gegen den Senat

Ursich Rompa soll abgemeldet werden

Auch der Kriminalassistent Domański ist nach dem Umbruch in der Parteiführung verstoßen. Auch er klagt auf Zahlung des Differenzbetrages zwischen seinem Gehalt und dem Wartegeld, insgesamt etwa 2000 Gulden. Die Klage wurde gestern vor dem Einzelrichter der ersten Zivilkammer an. Nach dem Aufruf der Parteien wurde der Beschluß verkündet, daß die Sache bis nach Erledigung der Doppelklage Rompa gegen Danzig zurückgestellt werde.

Ein Hinweis des Polizeipräsidenten. Der Polizeipräsident hat an die Stadträte, die Stadtverwaltung und Behörden in der freien Stadt Danzig z. B. einen Hinweis über den äußeren Schmuck der Sonn- und Feiertage überfandt, wonach am „Helbengedenktage“ alle der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, soweit bei ihnen nicht der kräftige Charakter gewahrt ist, verboten sind.

Das Gericht fuhr nach Stutthof

Um die Aufklärung der Stutthofer Terrornacht - Arbeiter verlangen Schadenersatz

Während der Wahlzeit sind auch in Stutthof gegen Nationalsozialisten in der üblichen Weise Terrorakte verübt worden. Wie wir unlängst berichteten, ist von den Betroffenen eine Schadenersatzklage gegen die Gemeinde Stutthof angehängt worden. Es handelt sich um eine Klage wegen Zuminftschadens, die vier Landarbeiter gegen die Gemeinde Stutthof führen. Die vier Landarbeiter sind: Gustav Weinath, Otto Weinath, Eduard Duwenjsee und Eduard Klatt. Die Höhe des Schadens, der eingeklagt worden ist, beläuft sich auf etwa 600 Gulden. Die III. Zivilkammer des Danziger Landgerichts, die über diese beschämenden Vorfälle zu befinden hat, hatte in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß die Vorfälle, wie sie sich in der Nacht vom 6. zum 7. April, also vor der Volkstagswahl, in Stutthof abgespielt haben, Gegenstand einer eingehenden Beweisaufnahme sein sollen.

Die Kammer hatte beschlossen, einen Lokaltermin in Stutthof abzuhalten, um sich durch Inaugenscheinnahme ein Bild von der Verlichkeit und von den Vorfällen selbst zu machen.

Dieser Lokaltermin fand am gestrigen Vormittag in Stutthof statt. Die III. Zivilkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Galar, dem Beigeordneten Richter Landgerichtsrat Dr. Meyer und Landgerichtsrat Busch, führte anhand eines Lageplanes den annähernd drei Stunden dauernden Lokaltermin sorgfältig durch.

Er begann mit der Besichtigung des Hauses des Landarbeiters Eduard Klatt, bei dem man durch die geschlagenen Fenster in das Innere der Wohnung drang und fast die ganze Wohnungsrichtung zertrümmerte. Selbst mehrere Kanarienvögel wurden mutwillig getötet. Hinter dem Hause des Landarbeiters Eduard Klatt, in ungefähr 50 Meter Entfernung, liegt die Wohnung des St.-Sturmführers Grünig. Die Kläger behaupten, daß die Terrorakte von hier ihren Ausgang genommen haben, wofür sie Beweis erbringen werden. Eine Reihe von Zeugen wurde richterlich und informativ vernommen. Die Zeugin Bart, die im Nachbarhause des Landarbeiters Eduard Klatt wohnt, sagte gestern, daß sie zwar durch das Unruhig-

werden der Kunde in der bekannten Nacht darauf aufmerksam wurde, daß wohl etwas Ungewöhnliches vorgehe, jedoch will sie nichts gesehen und gehört haben. Nach späteren Aussagen hat die Frau nahe am Fenster gestanden und die Vorgänge bei Eduard Klatt beobachtet.

Das Gericht stellte den von den Tätern wahrscheinlich eingeschlagenen Weg ihrer Vernehmungstour fest. Während bei den Landarbeitern Eduard Klatt, Otto Weinath und Gustav Weinath der entstandene Schaden zum größten Teil behoben worden ist, zum mindesten äußerlich nichts mehr von den vorgenommenen Gewalttätigkeiten sichtbar ist.

Konnte das Gericht bei dem Arbeiter Duwenjsee einen wirklichen Einblick in das Wüten und Treiben jener Horde erlangen.

Die Schäden sind hier zum größten Teil noch nicht behoben. Ungefähr 200 Meter von der Wohnung des Arbeiters Duwenjsee entfernt liegt die Wohnung des Gendarmerieposten Klensendorf. Wer die Terrornacht in Stutthof miterlebt hat, weiß, daß in Stutthof die Hölle auf der Erde war. Er will jedoch nichts von dem Tumult vernommen haben. Die Frau des Klatt will sich entsinnen, daß Duwenjsee in der fraglichen Nacht um ungefähr 1/4 Uhr bei dem Gendarmerieposten um Schutz nachgesucht habe.

Während des Lokaltermins kam es des öfteren zu heftigen Meinungsverschiedenheiten. Als der Amtsvorsteher Klatt, obwohl ein Kläger fragte — nachdem dieser zum Ausdruck gebracht hatte, daß er und andere als Führer der Horde den Sturmführer Grünig erkannt haben und somit nur Täter ganz bestimmter Formationen in Frage kämen —, wie er das behaupten könne, legte der Kläger treffend klar, daß es wohl doch möglich sein könnte, daß der Sturmführer Grünig etwa mit politischen Gegnern zusammen Terrorakte ausüben werde.

Es ist zu hoffen, nachdem das Gericht sich an Ort und Stelle von dem Treiben dieser Horde und dem von ihr angerichteten Schaden überzeugt hat, es den Klägern zur Wiedergutmachung des Schadens verhilft.

Vor Massenentlassungen bei der Eisenbahn?

Vorschläge der polnischen Staatsbahn - Auswirkungen der Berkehrseinschränkung im Korridor?

Wie wir von dem freigewerkschaftlichen Verband Danziger Eisenbahn- und Hafenausführungsbetriebe hören, hatte das Danziger Büro der polnischen Staatsbahnen zu gestern die Vertreter der Tariforganisationen zu einer Besprechung geladen.

In dieser Besprechung wurde den Gewerkschaftsvertretern von dem stellvertretenden Leiter des Danziger Büros eröffnet, daß die mäßige Lage des Eisenbahnunternehmens durch das Ausbleiben der Reichsbahnleistungen eine Verschärfung erfahren habe. Durch weitere Personaleinsparungen oder Kürzung der Arbeitszeit glaube das Danziger Büro, den Einnahmerrückgang ausgleichen zu können. Diese, nach den Worten des Staatsbahnvertreters als notwendig bezeichnete Einsparung an Personal steht die

Entlassung von 200 Arbeitern

oder die Einlegung von zwei weiteren Feiertagen einpro Monat vor. In diesen, für die Lohnbediensteten einschneidenden Maßnahmen soll noch eine

erfolgen.

Die Einlegung der weiteren Feiertage soll für die Zeit vom 26. Februar bis 30. September 1936 erfolgen. Sollte in der Zwischenzeit eine merkliche Besserung der Verkehrsverhältnisse eintreten, dann sollen die jetzt vorgeschlagenen Feiertage vorzeitig aufgehoben werden. Wenn eine Besserung der Verkehrsverhältnisse nicht eintritt, läuft das bis zum 30. 9. d. J. befristete Abkommen der Feiertage automatisch weiter.

Zwischenfall nach einer deutsch-poln. Versammlung

Anlage wegen Widerstandes

Während der von uns gemeldeten zweiten deutsch-polnischen Versammlung in Schidlitz, die bekanntlich von der Versammlungsleitung aufgelöst wurde, kam es am Montag zu einem Zwischenfall, der zu einer Schnellgerichtsverhandlung führte. Aus der Polizeihaut wurde gestern der 47-jährige Kaufmann Artur Müller dem Schnellrichter vorgeführt. Müller, der erheblich verletzt war, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Müller zeigt heute noch die Spuren seiner Verletzungen. Während das linke Auge blutunterlaufen ist, laufen über die linke Schläfenseite Risse, und auf der linken Schläfenhälfte befindet sich eine durchgehende Wunde. Nach den Angaben des Angeklagten hatte dieser mit der Versammlung absolut nichts zu tun. Er ist Inhaber der Kohlenfirma Woywod. Als solcher hatte er an den Sitz des „Friedrichshain“, Drazdowitz, 15 Penner Kohlen geliefert. Mit der quittierten Rechnung in der Hand, wollte er seine Forderung kassieren. In dem Augenblick, als er den Gang, der zum Büfettraum führt und an dem sich erst der Saal anschließt, betrat, war die Versammlung gerade geschlossen worden. Die Mitglieder der Politischen Polizei stellten am Saalausgang die Namen der Versammlungsschlichter fest, und ein Aufgebot von Schutzpolizisten des 1. Reviers, das unter dem Kommando des 45-jährigen Polizeimeisters Paul Rippa stand, sollte dafür sorgen, daß niemand von außen hineinkam. Es wurde gestern noch nicht festgestellt, ob der angeklagte Kaufmann sich nicht klar genug ausgedrückt habe. Fest steht jedenfalls, daß Müller durch die Schutzpolizisten in diesem Gang, der sich zwischen der Straße und dem Saalraum befindet, geschlossen wurde. Nach Angaben des in der Schnellgerichtsverhandlung vernommenen Polizeimeisters Rippa ist der Angeklagte der Aufforderung, draußen zu bleiben, nicht nachgekommen, sondern mühte gewalttätig aus dem Gang herausgedrängt werden. Hierbei soll er dadurch Widerstand geleistet haben, daß er sich mit den Ellenbogen an den Türschwamben klemmte. Dieser Widerstand mußte, nach Ansicht des Polizeimeisters, mit Gewalt gebrochen werden.

Ein anderer Zeuge, der 50-jährige Konditormeister B., gab eine andere Darstellung. Zwar hat er den Beginn der

Die von dem Vertreter der Staatsbahn gemachten Vorschläge zur Behebung der angegebenen Schwierigkeiten müssen für denjenigen, der die Verhältnisse bei den hiesigen Eisenbahnen kennt, unannehmbar erscheinen.

Bereits seit dem Jahre 1932

ist in den Eisenbahnbetrieben die 40-Stundenwoche unter entsprechender Kürzung des Lohnes eingeführt. Seit der Geldentwertung hat sich die Verringerung der Arbeitszeit und die damit verbundene Senkung des Lohnes äußerst stark bemerkbar gemacht, so daß seit dem Mai v. J. der Ruf nach Lohn- und Gehaltserhöhung auch bei den Eisenbahnern stark in Erscheinung trat. Dieses Verlangen nach Aufbesserung der Löhne und Gehälter ist der Eisenbahnverwaltung wiederholt unterbreitet worden, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Umjomehr muß das gestern gestellte

Verlangen auf weitere Reduzierung der Arbeitszeit Verwunderung erregen.

Es kann den Eisenbahnarbeitern kaum zugemutet werden, noch weitere Lasten zu übernehmen. In der Frage der vorerwähnten Entlassungen wird es die Aufgabe des für solche Zwecke vorgehenden Danziger Delegierten sein müssen, den notwendigen Ausweg zu finden. Bei dem zwischen der Danziger und der polnischen Regierung bestehenden Verhältnis dürfte das kaum besonders schwer sein.

Werte wird dem Danziger Büro die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Vorschlägen unterbreitet werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen dauern bei Redaktions-schluss noch an.

Anselnderhebung nicht gesehen. Durch ihn wurden dem Gericht jedoch die örtlichen Verhältnisse bekanntgemacht. Durch diesen zweiten Zeugen erfuhr man, daß zwischen dem Gang, in dem sich der Vorfall abgespielt hatte, und dem Saal der Schankraum lag, der mit der Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei nichts zu tun hatte. Auch B. hatte keine Personalien mitführen lassen müssen. Als er die Hölle für des Ganges öffnete, die nach dem Saalraum zu lag, hörte er den Angeklagten ausrufen: „Was wollen Sie von mir? Habe ich Ihnen etwas getan?“ Statt einer Antwort folgte nach Aussagen des Zeugen B. der Kaufmann mit dem Gummiknüppel über das Gesicht geschlagen worden sein. Weitere Schläge folgten. Die Fensterhebeln, die sich in einem Schiebefenster einer dort befindlichen Kasse befinden, wurden von den Beamten beim Auslösen mit dem Gummiknüppel zertrümmert. Der Kaufmann brach blutend zusammen und wurde schließlich hinausgeschoben. Was sich danach abspielte, hat der Zeuge B. nicht mehr beobachten können.

Folgt man nun weiter den Angaben des Angeklagten, so befand sich dieser schon wieder an dem ca. 150 Meter entfernten Falkhof. Einen dort postierten Schutzpolizisten hat der Angeklagte, mit ihm zusammen, kaum hatte er seinen Wunsch geäußert — so erklärte der Angeklagte — hörte er hinter sich Auf: „Was, zum Teufel willst du, Ballek ist fest. Wir holen den Wagen und machen eine Anzeige wegen Widerstandes.“ Tatsache ist, daß Müller durch das Überfallkommando stark blutend in das Polizeigefängnis eingeliefert wurde.

Nach der Vernehmung des Zeugen B. kam das Gericht zu der Ansicht, daß sich die Anlage im Schnellgerichtsverfahren nicht durchführen lasse. Amtsgerichtsrat P. r. o. l. machte den Vorschlag, die Sache in das ordentliche Gerichtsverfahren überzuleiten. Staatsanwaltschaftsrat Bischoff als Anklagevertreter stimmte zu, zumal der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kamnitzer, in Aussicht gestellt hatte, weitere Zeugen zu benennen, die den Beweis dafür erbringen würden, daß sich sein Mandant lediglich in einer geschäftlichen Angelegenheit eingeschunden habe und mit der Versammlung nichts zu tun hatte. Die Akten wurden deshalb wieder der Staatsanwaltschaft zugestellt, die weitere Ermittlungen anstellen soll. Der Kaufmann Müller wurde aus der Haft entlassen.

Heute Peiping — Gestern noch Peking . .

Streifzug durch Chinas alte Kaiserstadt

M.T.P. Peiping, im Februar.

Im Einheitspreisgeschäft

Auf dem Wege nach Mandschukuo bin ich an jenem Ort gelandet, der jahrtausendlang den Mittelpunkt eines großartigen Kulturreichs gebildet hat. Vor lauter Ehrfurcht habe ich geglaubt, man müsse am Bahnhof Filzspantofeln anlegen, bevor man die Stadt betreten dürfe. Statt dessen fand aber nur eine Reihe gelber Taxizis da, die mich alle zum Grand-Hotel fahren wollten.

Das erste, was mir in den Straßen auffiel, war ein welt-räumiges Einheitspreisgeschäft. Es war von Damen mit komplizierten Lackfrisuren überfüllt, die hier Bohnerwachs und amerikanisches Parfüm kauften. Sie piepsten geräuschvoll durcheinander, und es war ein Trost für mich, daß viele zu ihren herrlich gebümlten Seidengewändern abend-ländische Hüte trugen. Nur zwei bildhübsche junge Mädchen, die streng die alten Traditionen wahrten, erregten mein Wohlgefallen. Doch als ich ihnen nachstehen wollte, führten sie in einem Padard davon.

Etwas später wurde ich von einer Zeitungshändlerin ange-sprochen, weil ich inzwischen Minuten lang sinnend vor ihrem Kiosk gestanden hatte, ohne etwas zu kaufen. Solch ein dynastischer Zeitungstand ist aber auch kolossal aufregend. Für Hieroglyphenforscher muß er ein prächtiges Studienobjekt darstellen. Die Händlerin dachte, daß hier eine derart um-fangreiche Presse existiert. Erst mein Freund Li mußte mich daran erinnern, daß in Peking die erste Zeitung der Welt erschienen ist. Sie hieß „King Pao“ und wurde 714 nach Christi als eine Art Staatsanzeiger gegründet . . .

Die verunreinigten Paläste

Das alte Peking verliert langsam aber sicher seinen Glanz. Die Heiligtümer verfallen nach und nach. In der Verbottenen Stadt, die noch vor 20 Jahren ein Kaiser bewohnte, stehen alle Paläste leer. Die Fresken bekommen Risse, der Zier-fuß bröckelt ab, — niemand denkt an eine Renovierung.

7000 Personen lebten einst an diesem Kaiserhof, getrennt von der übrigen Welt. Mein Begleiter, ein ehemaliger Kammerherr, lacht die Bilder aus vergangenen Zeiten wach-zurufen. In diesem Labyrinth von Marmorhallen und Säulengängen lauwandellen die Prinzen, Mandarine, Kur-tisanen, Eunuchen, Sklaven und Soldaten seiner Majestät. Die leuchtende Freitreppe dort drüben pflegte der Sohn des Himmels bei feierlichen Anlässen emporzusteigen. Sie wird von einem grünen Drache beherrscht, und noch heute wagt niemand, sie zu profanieren.

Alles dies ist kaum ein Menschenalter her. Aber heute schiebt das Unkraut zwischen den Marmorstufen hervor, und in den weiten Sälen stehen verlassen die goldenen Throne, von buckligen Brongelöwen bewacht. Sie transit gloria mundi! Wie erstickend wirken dagegen die kaiserlichen Gärten mit ihren Kaktussteinen und türkisfarbenen Pa-villons! Die Natur des Pei-Hai kann nicht vermodern . . .

Kleine Tageschronik

Peiping 1936 ist ein Erdenplatz, an dem die Tagesereignisse dramatisch sind, ohne deshalb irgendwie tragische genommen zu werden. Typhus und Cholera gehen täglich um. Es wimmelt von Märdern, Quatrabern und Schiffspiralen. Kein Mensch aber nimmt das weiter ernst. Die schrecklichen Nachrichten verlieren im Fludium dieser seltsamen Stadt ihre Grauenshaftigkeit. Voll optimistischer Gleichgültigkeit steht man sie in mildernem Lichte.

Ein französischer Freund fragte mich beiläufig: „Essen Sie heute abend auch auf der chilenischen Gesandtschaft?“

„Ja, warum?“

„Weil die Gesandtin krank ist. Sie hat Erdbeeren ge-essen, die nicht genügend desinfiziert waren. Man hat sie mitten in der Nacht ins deutsche Hospital bringen müssen. Sie war beinahe tot.“

„Aber das ist doch furchtbar!“

„Gewiß, aber sie ist gerettet.“

Ein berühmter europäischer Gelehrter, der als Gastpro-fessor hier wirkt, erklärte mir: „Was wollen Sie? In fünfzig Jahren ist für die heute Lebenden sowieso alles zu Ende.“

Darin liegt die ganze Weltanschauung Chinas, dieses Phlegma kennt man nur in China. — Für einige Tage später bin ich zu Doktor Brent eingeladen. Aber niemand wird hingehen. Das Ehepaar ist eben in seinem Weefen-Pavillon ermerdet an-gesunden worden. — Eine alte Engländerin und drei Studenten schiffen sich vorige Woche nach Nientün ein. Sie sind in die Hände von Seeräubern geraten. Befinden sich auf einer Wäpunte. Der britische Gesandte verhandelt zur Zeit wegen des Lösegeldes.

Das ist so die kleine Chronik aller Tage . . .

Die Neubaahn Pao-Ma-Chang

Eine Autokunde von Peiping entfernt liegt die Sommer-rezidenz der Fremden und Diplomaten. Man gelangt dort-hin über neueige Landstraßen. Kilometerlang wird der Wagen von den Mauern des alten Peking begleitet. Sie ragen stolz und unerschütterlich wie die Wahrzeichen einer Legende. Am Begrund liegen armieliae Gräber; manche sind noch ganz frisch und kaum zugebedt. So mischt sich der Seibengeruch mit Frühlingsdüften.

Pao-Ma-Chang ist kein Dorf, sondern eine Ansammlung von Gärten. Die Beliebtheit verdankt es seiner Neubaahn. Es gibt dort Hotels mit Bad und Zentralheizung. An Kennanlagen sind die Zufahrtsstraßen zu diesem Ort noch heute von Autos überfüllt, die mit schweißbedeckten Oberkörpern ohne Chinesinnen hinausfahren. Diese besprechen inwischen in den Risikwas ihre Seidenkleider mit herbem Parfüm . . .

Drei Stunden brauchen die Autos, um Pao-Ma-Chang im Troit zu erreichen. Vor Müdigkeit bewahrt sie dabei nicht etwa der niedrige Fahrlohn, sondern die Freude an den Totalfaktor und das Spiel. Hier stoßen Peiping und Peking auf eine gemeinsame Schwäche.

Roy Brisbane.

Felssturz an der Brenner Bahn

Wie erst jetzt bekannt wird, ging am Montagnachmittag auf der Strecke der Brenner-Bahn zwischen Weißbrud und Abwang ein Felssturz nieder, der eine Steinlawine mitriß und die Reihstraße sowie das Bahngleis verhängte. Durch den Felssturz wurden zwei Eisenständer der elektrischen Leitung umgelegt und das Gleis an-geschnitten. Der Felssturz ging in dem Augenblick nieder, als der Brenner Scherzug in die Station Klausen eintraf. Der Zug konnte noch rechtzeitig angehalten werden, so daß kein weiterer Schaden angerichtet wurde. Der Zugverkehr konnte nach einigen Stunden wieder aufgenommen werden.

Flüchtlingsbriefmarke. Die französische Postverwaltung bringt demnächst eine 75-Centimes-Briefmarke heraus. Der Mehrertrag von 50 Centimes wird für die in Frankreich lebenden politischen Flüchtlinge verwendet. Auf der Marke ist die Freiheitsstatue zu sehen.

Um die Einigung im polnischen Bergbau. Gestern fand in Warschau, unter dem Vorsitz des Hauptarbeitsinspektors Klotz eine Konferenz über den Abschluß eines Kollektivver-trages für das Lubliner und Krakower Bergrevier statt. Der Vorsitzende Klotz, den Streikfall einem Schiedsgericht zu

übertragen, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden, wor-auf auch die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, sie kö-nen diesem Schiedsgericht nicht beistimmen. Da eine fried-liche Beilegung des Streifalles unmöglich erschien, erklärte Klotz, der Minister für Soziales werde dem Kabinett vor-schlagen, eine außerordentliche Schiedskommission zur end-gültigen Beilegung des Streifalles einzusetzen.

Etwas über das „Volksauto“

Wer kann sich es leisten? — Die Einkommensverhältnisse

Auf der kürzlich in Berlin veranstalteten Autoausstellung wurde, wie schon berichtet, das „Volksauto“ propagiert. Reichskanzler Hitler hatte in seiner Rede gefordert, daß man in den nächsten Jahren auf drei bis vier Millionen Autos kommen müsse. Der Volkswirtschaft sei ein dementspre-chendes Ziel zu stellen. Die marginale Einstellung der früheren Jahre trüge mit die Schuld daran, daß dieser Zu-stand nicht schon erreicht sei. Aber, so fragt man sich, warum ist in den drei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die „Sehnsucht nach dem Auto“ noch nicht bis zu der oben ge-nannten Höhe erfüllt worden? Es müssen doch andere, tiefere Gründe maßgebend sein, als die angebliche Vernach-lässigung während der „14 Jahre“! Tatsächlich zeigt ein Blick auf die deutsche Einkommensstatistik, wie wenig Menschen überhaupt in der Lage sind, sich ein Auto, wenn auch nur ein „Volksauto“ anzuschaffen. Die Zahl drei oder vier Millionen dürfte unter diesen Umständen wohl niemals erreicht werden.

Im Jahre 1932 waren in Deutschland insgesamt 9 1/2 Millionen Personen einkommensteuerpflichtig. Bei rund acht Millionen ist deren Einkommensteuerpflicht durch die Zah-lung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn abgegolten, so daß überhaupt nur noch wenig mehr als 1 1/2 Millionen physische Personen zur Einkommensteuer besonders veran-lagt wurden. Davon aber hatten 800 000 ein Einkommen von unter 1500 Mark, 540 000 ein Einkommen zwischen 1500 und 3000 Mark. Wenn man nun selbst annehmen wollte, daß jeder mit einem Jahreseinkommen über 8000 Mark jährlich in der Lage wäre, sich ein Automobil auf Abzahlung zu kaufen, so blieben dafür nach der deutschen Einkommens-statistik noch keine 100 000 Menschen übrig. Nun kann man noch berücksichtigen, daß es knapp 34 000 zur Körperhaftig-keitssteuer veranlagte juristische Personen gab, und man soll als Optimist berechnen, daß jede dieser Gesellschaften im Durch-schnitt drei Personenautos kaufen — könnte. Was ergeben sich da schon für Millionenmöglichkeiten? Wie es bei diesen Einkommensverhältnissen, selbst bei billiger Kalkulation, zu einem größeren Absatz von Automobilen in Deutschland kommen könnte, das kann man sich nicht vorstellen. Denn die Einkommensverhältnisse in Deutschland sind nach 1932 — ausgenommen vielleicht bei einem kleinen Kreis — im wesentlichen nicht besser geworden. Die breiten Massen — nur darauf käme es bei einem als Massenartikel er-scheinenden „Volksauto“ an — können sich heute weniger ein Auto leisten denn je. Sie werden noch sein, wenn sie sich einigermaßen durchs Leben schlagen können — ohne „Volks-auto“.

Der Fall „Barock“ vor Gericht

Drei Jahre Gefängnis für tätliche Beleidigung

Vor der Großen Strafkammer in Magdeburg wurde der Prozeß gegen drei jüdische Angestellte des Warenhauses Barock durchgeführt, das im Dezember, wie damals be-richtet, vorübergehend polizeilich geschlossen worden war. Die antikemistische Presse machte seinerzeit viel Lärm wegen des „Falles Barock“. Den Vorfall führte, wie im sogenannten „Dinghild-Verfahren“, Landgerichtsdirektor Pippig. Unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens standen der 47 Jahre alte Personalchef Julius F., der 51 Jahre alte Prokurist Friedr. G. und der 29 Jahre alte stellvertretende Abteilungs-leiter Rudi Fr. Außerdem hatte sich unter der Anklage der Rupperei der 77 Jahre alte Hotelbesitzer August D. zu ver-antworten.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Prokurist G. in einigen Fällen weibliche Angestellte geküßt hatte. Zwischen F. und einigen Angestellten ist es mit deren Ein-verständnis zu engeren Beziehungen gekommen. Das Ver-fahren gegen Fr. wurde abgetrennt.

Das Urteil des Gerichts lautete gegen den Angeklagten F. wegen tätlicher Beleidigung in drei Fällen auf vier Jahre Gefängnis, gegen den Angeklagten G. wegen tätlicher Beleidigung in einem Falle auf ein Jahr Gefängnis, gegen den Angeklagten D. wegen Rupperei auf fünf Monate Gefängnis. In der Begründung jagte der Vor-sitzende: In den sieben Fällen, die im Falle F. zur Anklage ge-standen hätten, habe nur in drei Fällen eine strafbare Handlung von der Kammer bejaht werden können. Bei zwei von diesen drei Fällen liege es außerdem in der Sache, daß die Re-ginnen selbst durch ihr Verhalten dem Gericht keine Mög-lichkeit gelassen hätten, zu einer Befragung zu kommen, daß aber die Befragung ermöglicht worden sei durch die Straf-anträge der Väter dieser beiden Zeuginnen. Damit sei ein rechtfertigter Grund gegeben, denn selbst, wenn die Zeu-ginnen keinen Widerstand geleistet hätten oder mit dem Ver-halten des Angeklagten einverstanden gewesen seien, so bleibe doch die grobe Beleidigung der Familie. Bei G. sei Straf-mildernnd berücksichtigt worden, daß er im Kriege seine Pflicht getan habe, auch an der Front. Ebenso sei berücksichtigt worden, daß es sich bei ihm durchweg auch in den nicht abzu-urteilenden Fällen um leichtere Verfehlungen, nämlich um Küsse und Kusserweise, handelte. Auf Ehrverletzt habe bei beiden Angeklagten nicht erkannt werden können. Wenn das nach dem Gesetz zulässig gewesen wäre, dann wäre es selbst-verständlich gewesen.

Zum Fall F. erklärte der Vorsitzende zum Schluß, es sei zu bedauern, daß das Gericht infolge der gesetzlichen Be-stimmungen nicht die Mäßigkeit habe, noch weitere Maß-nahmen anzuwenden. Besonders seien Sicherungsverwah-rung und Entmännung bei dem vorliegenden Tatbestand nicht zulässig. Der Staat habe ja aber nicht nur das Schwert der Justiz in der Hand, sondern Willen durchzusetzen, sondern noch andere Schwerte. Wesentlich ist es auf dem anderen Wege möglich, das Treiben des Fr. auch nach der Verkündung seiner Strafe zu unterbinden. Dies würde jeden-falls dem gesunden Volksempfinden entsprechen.

Sieben Stunden im Schneesturm verirrt

Auf dem Hof die Richtung verloren

Bei einem Schneesturm, das die Sicht auf weiße Strecken verdeckte, verloren zwei Elbinger, die zu Fuß von Rahlberg nach Succale gehen wollten, die Richtung und irrten über sieben Stunden auf dem Eise umher. Schließlich landeten sie in Rogalstücken, von wo aus sie dann über den Damm nach Steinort und von hier nach Elbing gelangten.

Auf einer Fahrt von Rahlberg nach Elbing brach ein mit sieben Personen besetzter Seilschlitten in einer Wind-wolke ein. Nur unter größter Mühe gelang es, zunächst fünf Personen zu retten. Dabei war jedoch das Randeis soweit abgebrochen, daß die Rettung der beiden letzten Fahr-gäste nur nach fast einständigem Bemühen unter außerordent-licher Hilfe von herbeieilenden Schlittschülern gelang.

Ludwig Renn berichtet

Aus seinen Erlebnissen im Gefängnis

Der deutsche Schriftsteller Ludwig Renn ist vor einiger Zeit aus dem Gefängnis entlassen und ins Ausland geflüchtet. Bei einer Unterhaltung berichtete der Dichter über seinen Aufenthalt im Gefängnis. In dem Interview heißt es u. a.:

Die Gefangenen halten zusammen. Wenn neue kommen, forcht man sie aus, was draußen geschieht, in Deutschland, in der Welt. (Wenn neue kommen und lächeln, sagt Renn, sind es Quoten.) Eingekerkerte Zeitungen gehen von Hand zu Hand. Genau wird der Wirtschaftszweig studiert. Kaum einer, der resigniert. In der Gefängniszeitung (sic wird im Waldheimer Buchhans gedruckt) finden sich sogar Berichte aus der Sowjetunion, über die Entwicklung der Augenheilkunde, über die steigende Stahlproduktion, einmal eine Rede Luchafschewski; sie sollte wohl die Ge-fährlichkeit der Sowjetrücklagen beleuchten. Aber den Ge-fangenen war, als marschieren sie im engen Gefängnisboj mit in dem langen Marsch der Roten Armee.

Aus dem Kriege hatte Renn Freundschaften mitgebracht; unbekannte, anonyme. Auf dem Weg zur Vernehmung raunte ihm ein Beamter zu: „Herr Kompanieführer, er-kennen Sie mich nicht? Ich bin der Vizefeldwebel . . . und nebenan sitzt noch einer von der Kompanie. Können wir nicht etwas für Sie tun?“ Im Tage der Schlacht von Dinant kommt der Hauptwachmeister des Gefängnisses zu Renn: „Wissen Sie, was heute für ein Tag ist?“ — „Der dreißig-zwanzigste August“, sagt Renn, „das ist der Tag von Dinant. Ich war dabei.“ — „Ach auch“, sagt der Wachmeister; „aber nicht noch einmal. Die jungen Schüssel, die da Lärm machen, die sollen, wenn sie wollen.“ Auch der 30. Juni 34 klingt über die Mauern.

Einmal kommt einer in dunklem, hochgeschlossenen An-zug: ein protestantischer Pastor. Renn bedarf nicht des see-lischen Zuspruchs; aber der Pastor ist beharrlich: „Sie können sich mir ruhig anvertrauen, Herr Renn“, sagte er, „ich gehöre nicht zu den Deutschen Christen.“ So erfahren die Ge-fangenen vom Kirchentampel . . .

Man wollte den Mann, der den „Krieg“ schrieb, den Frontsoldaten, Hauptmann und Junfer überreden, gewinnen, vielleicht sogar kaufen. „Sie könnten eine Sonderamnestie bekommen“, wurde ihm einmal gesagt. „Ihre Pension könnte Ihnen zurückerstattet werden.“ Einmal wurde er gefragt, ob ihm der Besuch Alfred Rosenbergs in seiner Zelle ange-nem wäre. „Es wäre für mich und für Herrn Rosenberg in gleicher Weise peinlich.“

Kampf unter Gleichgehalteten

Jugendliche Partei überwacht Leiter der Deutschen Bäckerei

Der Leiter der „Deutschen Bäckerei“ in Posen, Dr. Rüd., erhielt vor einigen Tagen folgendes Schreiben von der nationalsozialistischen Jungdeutschen Partei in Posen:

Deutsche Bäckerei,
zu Händen des Herrn Dr. Kurt Rüd.,
Posen.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir untenstehende Bücher, die von einem unserer Parteigenossen aus der Deutschen Bäckerei entliehen worden sind, beschlagnahmt haben, da wir nicht davon überzeugt sind, daß Sie diese Schandliteratur zur Vergiftung des Volkes weiter verleihen. Sollten Sie auf Rückgabe der Bücher Wert legen, so bitten wir Sie sich mit uns in Verbindung zu setzen, da wir diese Bücher an maßgebender Stelle abgegeben haben.

(—) U. Uhl

Der Beauftragte für Posen.

Es sind dies folgende Bücher:

Heinrich Mann: Im Schwarzenland,
Jakob Wassermann: Der goldene Spiegel,
Jakob Wassermann: Calvar Calvar,
Franz Werfel: Der Abituriententag.

Dr. Rüd. hat gegen diesen nationalsozialistischen Agenten, der aus eigener Machtvollkommenheit Bücher „beschlagnahmt“, sofort den Klageweg beschritten. Rüd. bemühte sich weiter festzusetzen, wie U. Uhl in den Besitz der Bücher gekommen war. Dabei stellte sich heraus, daß der Jungs-deutsche Uhl seinen auslandsdeutschen Volksgenossen durch einen Spieß hintergehen ließ.

Herr Dr. Rüd. hatte die allgemeine Gleichgültigkeit auch mitgemacht, indem er alle Bücher, die in Deutschland ver-bolten sind, aus der Deutschen Bäckerei entfernen und be-sonders verwahren ließ. Ende Januar erschienen nun einige Leute, die bringen von der „Verfallsliteratur“ etwas haben wollten, was ihnen aber verweigert wurde. Unter dem Vorwand, für Aufklärungsberichte diese Literatur zu ge-bruchen, entlich ein ehemaliger Theologiestudent, Karl Sch-werbel, die oben genannten und von Herrn Uhl „beschlagnahmten“ Bücher. Schwerbel ist ein wegen Unter-schlagung gemahnter Student, der durch Auspionier-beichte gegen Deutsche für die nationalsoz. Jungdeutschen seinen Beschäftigungsnachweis als wackerer auslandsdeut-scher Kämpfer erbringen wollte.

Am Ende einer Erklärung Rüd. heißt es:

„Es ist erschütternd, was für Menschen Uhl um Kampf gegen uns um sich verjammelt hat, was für Menschen er davor bewahren will, sich von mir feilsch vergiften an-lassen. Man kann stolz sein, wenn man von Herrn Uhl angegriffen wird! Man merkt an diesen Methoden, daß Herr Uhl und seine Genossen sich vor dem Ertrinken noch einmal an Strohhalm festklammern.“

Diese Methoden im Auslandsdeutschtum sind allerdings erst nach der Gleichgültigkeit möglich gewesen.

Aus dem Dritten Reich

Ein höherer Beamter in Neustadt (Pfalz) wurde vom Gauleiter Würdel gemahregelt mit der Begründung, daß er am 30. Januar die Straßentafeln von der Adlischen Gedenkfeier ausgeklüffelt habe. —

Ein 27-jähriger Mann aus Frankfurt a. M. wurde wegen großen Unfalls zur Höchststrafe von sechs Wochen Haft verurteilt, weil er im November 1935 in einer Apfel-weinwirtschaft ein rotes Halstuch trug; er hatte zu-gegeben, daß das Tuch von einer roten Kabine kamme, die er vor Jahren als Mitglied der sozialistischen Jugend-bewegung erhalten habe. Der Staatsanwalt hatte erklärt, der Angeklagte habe wissen müssen, daß es mit der Macht-übernahme mit dem Tragen dieses Tuches vorbe-geben sei.

Auch im Saarland und in Hamburg wurden, ebenso wie in Baden und Thüringen, die Vereinigungen der so-genannten Bündischen Jugend aufgelöst.

Frühere bulgarische Offiziere verbannt. Am Mittwoch ist eine Anzahl kürzlich aus dem Militärdienst entlassener Offiziere wegen Zugehörigkeit zu einer Geheimverbänden festgenommen und in Provinzorte verbannt worden.

Der gefallene Ehrenschild

Die Bestimmungen über das Uniformtragen

Was die Durchführung der Genfer Beschlüsse betrifft, so sollten bekanntlich auch die Bestimmungen über den Ehrenschild der NSDAP...

Wir wiesen bereits einmal auf den krassen Unterschied in den Strafbestimmungen für das unbefugte Tragen nationaler Parteiabzeichen und staatlicher Orden und Ehrenzeichen hin.

Vom dem Schnellrichter

Der 33jährige polnische Staatsangehörige Antonius Wischmann ist bisher unbefragt. Er stand gestern vor dem Schnellgericht...

Der Arbeiter Franz St. ist 25 Jahre alt. Einen Teil seiner Jugend hat er in Tempelburg verlebt. Er mußte sich vor dem Schnellrichter wegen eines Diebstahls verantworten.

Aus der Polizeihast wurden die Eheleute M. vorgeführt. Die Ehefrau, die eine Reinmachestelle in einem Büro hatte, ließ eines Tages eine Schreibmaschine mitgehen.

Der 57jährige Seinenfeger Johannes Kojniski, der deutscher Staatsangehöriger ist, hat ein beträchtliches Vorstrafenregister. Doch sind die Vergehen gering.

Der schwere Autounfall in Zoppot

Erfolg mit der Berufung

Am 11. Mai vorigen Jahres, gegen 19.45 Uhr, fuhr der Chauffeur Herbert Ringe mit einem Lastkraftwagen der Danziger Milchverwertungsgesellschaft von Danzig nach Zoppot.

Ernst Folgen dieser Verletzungen hat aber niemand zurechenbar. Die Frau des Badeinspektors i. R. Sontowski mußte aber wegen einer Gehirnerschütterung 5 bis 6 Monate das Haus hüten.

Der Chauffeur des Milchwagens mußte sich wegen dieses Zusammenstoßes am 1. November vor dem Schöffengericht verantworten. Das Schöffengericht kam zu dem Schluß, daß der Angeklagte durch das schnelle Fahren das Unglück verursacht hatte.

Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt, die gestern von der Zweiten Großen Strafkammer, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Großkopf, ankam.

Mutti, lern mit mir---

Es ist die schönste Pflicht der Mutter, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Es ist auch ihre Pflicht, für stets saubere Wäsche zu sorgen.



RADION wäscht alles ein Schicht-Lever Erzeugnis

Unfall-Chronik

Der 56 Jahre alte Anton Rucinski aus der Schiffschiff am Mittwoch an der Ecke Schill- und Reitergasse so unglücklich zu Fall, daß er mit einem Oberhosenkelbruch ins Marienkrankenhaus gebracht werden mußte.

Auch die 64 Jahre alte Frau Jenny von Kriewski kam auf dem 3. Damm zu Fall und zog sich einen Unterschenkelbruch zu.

Infolge Vorderreifenpanne stürzte am Mittwoch, gegen 9 Uhr, der 41 Jahre alte Eisenbahner Alex Brzezinski aus Karthaus mit seinem Motorrad in Zoppot so unglücklich, daß er in bewußtlosem Zustande mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der 31 Jahre alte Arbeiter Felix Behrendt, Schulzengasse, wurde beim Ueberfahren der Fahrstraße Damm-Hausdorfer von einem Auto angefahren.

Am Dienstag, gegen 16.40 Uhr, wollte die 62 Jahre alte Witwe Klara Volkowksi aus Neufahrwasser die Fahrstraße Am Markt überqueren. Hierbei wurde die Frau von einem Lastwagen angefahren und zu Boden gestoßen.

Der Mord in Rüdowder vor Gericht

Wie gemeldet wird, hat der Vorsitzende der I. Großen Strafkammer, Landgerichtsdirektor Dr. Beermann, den Termin zur Hauptverhandlung gegen den Handlungsgehilfen Johannes Heppner wegen des Mordes von Rüdowder auf den 3. März festgelegt.

Unser Wetterbericht

Vorhersage für Freitag: Bewölkt und diesig, zeitweise aufklarend, mäßige südliche Winde, leichter Frost.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Schwed. D. „Soga“, 25. 2. abends von Göteborg leer nach Danzig, für Bergenske; poln. D. „Fut“ und „Gel“, 28. 2. fällig, für Bam; schwed. D. „Nora“, 28./29. 2. fällig, für Bam; dän. D. „Trio“, 27. 2. fällig, für Bam; franz. D. „Gandebec“, 28. 2. fällig, für Worms; dän. D. „Morg“, 28. 2. fällig, für Alotra; norm. D. „Gunnus“, 27. 2. fällig, für Aarhus; für Als; schwed. D. „Fortunatus“, 28. 2. fällig, für Atlantic; dt. D. „Wilhelm Ruk“, 28. 2. fällig, für Bengatz; dt. D. „Vag“, 28. 2. von Rotterdam nach Kopenhagen-Gdingen, für Wolff u. Co.

Wasserstandsrichten der Stromweichsel vom 27. Februar 1936

Table with 2 columns of water level data for various locations like Eborn, Zborn, Gulin, Graudenz, Krutzebrad, etc., with dates 26. 2., 27. 2., 28. 2., 29. 2.

Eisbericht des Danziger Hafengebietes vom 27. Februar 1936

Reede eisfrei. Hafen freidenweise loser Eisfrei, sonst eisfrei. Schiffsahrt unbehindert. Letzte Weichsel oberhalb Eisenbahnbrücke: feste Eisdecke, Schiffsahrt gelassen.

Kammer das Urteil dahingehend, daß das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt wird. Obwohl Staatsanwalt Treppenauer, der die Anklage vertritt, Verwerfung der Berufung beantragt habe, war die Kammer zu dem Schluß gekommen, daß dem Angeklagten so viele Milderungsgründe zur Seite ständen, daß eine höhere Strafe als vier Monate Gefängnis nicht in Frage kommen könne.

Frift für die Steuererklärungen verlängert

Das Steueramt I und II veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Die mit Bekanntmachung vom 7. Februar 1936 auf den 20. Februar 1936 festgesetzte Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für die Steuern des gemeinsamen Steuerjolls wird bis zum 15. März 1936 verlängert.“

Diese Fristverlängerung ist darauf zurückzuführen, daß der Senat, entsprechend dem deutschen Vorbild, Richtlinien für die Durchführung der Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteueranmeldung 1936 sowie der Gewerbe- und Vermögenseinkommenanmeldung 1936 der Öffentlichkeit zugänglich machen will. Diese Richtlinien sollen auch eine eingehende Darstellung über die aus Anlaß der „Geldumwertung“ entstandenen Zweifelsfragen hinsichtlich der Gewinnermittlung 1936 bei buchführenden gewerblichen Unternehmungen enthalten.

Mit der Bekanntgabe von Richtlinien insbesondere über die Bewertungsfragen, die sich durch die Gulden-Devaluation ergeben, dürfte einem viel gekümmerten Wunsch der Wirtschaftskreise Rechnung getragen werden. So hatten sich dieser Tage etwa 100 Vertreter der Danziger Wirtschaft im Saal der Handelskammer versammelt.

Geoffener in Brunau

Großer Schaden

In den Gebäude über Hofbesitzer Rudolf, Adalgunde und Luise Schulz in Brunau, Kreis Gr. Werder, brach am Dienstagmorgen um 6 Uhr Feuer aus. Das Feuer kam in der Scheune aus. Die Flammen wurden dann durch den Südwind noch dem Stall zugeführt.

Sensationelle Verhaftung in Gdingen

In Gdingen fand gestern eine sensationelle Verhaftung statt. Auf Anweisung des Untersuchungsrichters für Sonderangelegenheiten, Grabowski, ist der Leiter der Finanzabteilung des Regierungskommissariats in Gdingen, Leon Wilczanski verhaftet und sofort nach Warschau überführt worden.

Zirkus „Kampffunk“ veranstaltet am kommenden Sonntag in der Turnhalle in der Edigangasse eine große Feiernacht für Kinder, die etwa 2 Stunden dauern wird.

Polizeibericht vom 27. Februar 1936. Festgenommen wurden 8 Personen, davon 1 wegen Unterschlagung, 3 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Brandstiftung, 1 wegen Falschmeldung, 1 wegen Trunkenheit, 1 aus besonderem Anlaß.

Deutscher Motorflieger bei Südpol eingefroren

Die Schifffahrt in einer Reihe dänischer Gewässer wird allmählich immer rärker durch Eissbildung behindert.

Sier Jahre künftiges Atom. Vor einigen Tagen verstarb in London ein gewisser Crosby Maghan, der vier Jahre lang künstlich geatmet hat.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

- 18.00 Warschau: Klavierkonzert.
19.00 Drottlich: Nachrichten, anschließend Cembalo-Konzert.
20.00 Budapest: Lieder-Konzert.
21.00 Brüssel: Orchesterkonzert.

Briefe nach Polen

Nach Mitteilungen der Landespostdirektion können vom 1. März an Briefe bis zum Höchstgewicht von 2 Kg. nach Polen versandt werden.

Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie

16. Ziehungstag 26. Februar 1936

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and winning numbers.

Der neue deutsche Reichsanzeiger

Table with various numbers and dates, likely related to the Reichsanzeiger or a similar publication.

Der neue deutsche Reichsanzeiger... in der Zeit von 22 bis 6 Uhr...

Der neue deutsche Reichsanzeiger... in der Zeit von 22 bis 6 Uhr... (continued)

Advertisement for 'Großer Bunter Abend' by the Danziger Arbeiter-Sänger-Bund, featuring a program of songs and dances.

Advertisement for 'Preiswert zu verkaufen' (cheap for sale), listing various items like a boat, furniture, and other goods.

Advertisement for 'Humsti-Bumsti' circus performance, featuring a 2-hour show in the Sporthalle.

Advertisement for 'Weinberg-Auktionshaus' (Weinberg Auction House) with various notices and announcements.

Advertisement for 'Danziger Hausfrauen!' (Danziger Housewives!) featuring 'Krantor' brand food products.

Advertisement for 'engl. Sprachzirkel' (English Language Circle) and 'Probieren Sie mal diese billigen Schuhsohlen!' (Try these cheap shoe soles!).

Hier kauft man gut und billig

A grid of small advertisements for various shops and services, including 'Der billige Rosenladen', 'Krantor-Drogerie', 'Schuhe Klecigowski', and 'Julius Goldstein'.